

**INFORMATIONSBÜRO
NICARAGUA e.V.**

RUNDSCHREIBEN 2023



Inhalt:

- 3 editorial
- 9 Vier Jahre Widerstand gegen Staatsterror und Beschneidung der Bürgerrechte
- 23 Der Druck innerhalb der FRENTE nimmt zu
- 28 Vergessen wir die politischen Gefangenen nicht!
- 34 Rückblick auf die machtkritische Bildungsarbeit des Infobüros 2022
- 38 el rojito- mit einer GmbH für mehr Gerechtigkeit?
- 42 Wir sind noch da, wir waren nie weg, wir geben nicht auf!

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Deweerthstr. 8
42107 Wuppertal
Telefon 0202 - 30 00 30

Email: info@infobuero-nicaragua.org
Internet: www.infobuero-nicaragua.org

*In dem Rundschreiben 2023 werden
durchgängig Karikaturen/Illustrationen aus dem
zentralamerikanischen Magazin für investigativen
Journalismus **Expediente Público** verwendet
(www.expedientepublico.org), die sich insbesondere
mit der dortigen politischen Situation kritisch
auseinandersetzen
Vielen Dank!*





editorial

Wenn dieses Rundschreiben erscheint, ist die Ampelregierung ihr zweites Jahr im Amt und im permanenten Krisenmodus. Corona, Ukraine-Krieg, unsichere Energieversorgung, soziale Schieflagen.

Dass wir in einer multipolaren Krise leben, ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, dass die krisenhaften Erscheinungen aber auf systemische Ursachen wie kapitalistische Konkurrenz, Ausplünderung der natürlichen Ressourcen, privatwirtschaftliche Aneignung von Mensch und Natur zurückzuführen sind und folglich nur mit einer Systemtransformation zu beseitigen sind, wird gerne verdrängt.





50 Jahre nach der Veröffentlichung „Grenzen des Wachstums“ konstatiert der Präsident des deutschen Club of Rome: „Wir kommen offensichtlich nicht vom Wissen zum Handeln“. Die deutsche Energiepolitik bringt zwar Versorgungssicherheit, zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit und für den notwendigen ökologischen Wirtschaftsumbau ist sie untauglich. Entlassungsmaßnahmen im Gießkannenprinzip begünstigen die Reichsten und schädigen das Klima.

Der Kapitalismus hat zwar gewaltigen Wohlstand hervorgebracht, verbraucht aber wachsende Mengen von Energie und Rohstoffen. Auch grünes Wachstum ist keine Lösung. Wenn wir nicht unseren Konsum einschränken, wird immer weiter von allem zu viel verbraucht.

„Klimaschutz statt Armut“, so auch das Fazit einer unserer Veranstaltungen: es braucht mehr gesellschaftlichen Druck, und die systemkritische Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Klima- und sozialen Bewegungen. Soziale Infrastruktur wie Wasser, Verkehr, Krankenhäuser müssen in öffentlicher Hand reguliert werden. Sich organisieren, hilft aus der gesellschaftlichen Vereinzelung! Nachbarschaft muss wieder zum Ort werden, wo Demokratie eingeübt wird und wo wir kollektive Räume aufbauen und verteidigen.

In unserer Bildungs- und Vernetzungsarbeit bauen wir Kompetenzen und Strukturen für eine engagierte Zivilgesellschaft auf, indem wir Themen und Fragestellungen einer sozialökologischen Transformation hin zu einer klima- und ressourcengerechten und zugleich demokratischen Gesellschaft bearbeiten. Auch im neuen Jahr wollen wir kritische Diskursformate mit der Politik organisieren, beispielsweise zu neuen Wohlstandsmodellen.

Klimagerechtigkeit geht nur mit Handelsgerechtigkeit!

Ein Schwerpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit sind gerechtere Verhältnisse und Beziehungen zwischen Globalem Süden und Norden. Im „Aktionsbündnis Gerechter Welthandel“ kämpfen wir für einen Paradigmenwechsel der EU-Außenwirtschafts- und Handelspolitik. EU und Ampelkoalition haben viel versprochen, treiben aber die Unterzeichnung von Handelsabkommen mit Kanada, Chile, Mexiko und den Mercosur-Ländern in altbekannter Logik mit Investorenschutzklauseln voran. Der Schutz des Klimas, der Biodiversität und die Einhaltung von ILO-Arbeitsnormen werden



dabei außer Acht gelassen. Wir beteiligten uns bei bundesweiten Aktionen und besuchten Bundestagsabgeordnete. Im kommenden Jahr werden wir uns weiter für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz, gegen die Durchsetzung der Freihandelslogik und für faire Handelsstrukturen einsetzen.

Lateinamerika

Für unsere transnationale Solidarität geben uns die Dynamiken Lateinamerikas und unserer Partnerorganisationen wichtige Impulse. Aktuell stellen vermeintlich Linke nun mehr Regierungen als während der „rosaroten Welle“ der 10er Jahre. Mitten in einer schweren Wirtschaftskrise zeigte sich die Neigung der Wählerschaft, in wachsender Unzufriedenheit mit der politischen Klasse, ihre Regierungen abzustrafen. Die Puebla-Gruppe, ein Forum linker Politiker:innen in Lateinamerika, plant bereits die Wiederbelebung bzw. Neugründung der Unasur (Union Südamerikanischer Nationen) als Organisation zur Integration südamerikanischer Länder oder den Ausbau anderer geostrategischer Projekte wie der BRICS-Gruppe. Ob aus den



Wahlsiegen nur geostrategische Bündnisse entstehen oder die Voraussetzungen für wirkliche politisch-emanzipatorische Veränderungen geschaffen werden, hängt von der Stärke emanzipatorischer Bewegungen ab.

So verschmutzten und zerstörten die Tätigkeiten des staatlichen Ölkonzerns trotz linker Regierung Lebensräume der indigenen Völker im peruanischen Amazonasgebiet, die deshalb Förderstop, Schadensbegrenzungen und Wiedergutmachungen fordern.

In Honduras wurde zwar das Gesetz über die „Sonderzonen für Entwicklung und Beschäftigung“ (ZEDE) außer Kraft gesetzt, da es verfassungswidrig sei und die Souveränität des Landes verletze. Nun droht dem honduranischen Staat aber eine Klage über 10,7 Milliarden US-Dollar vor einem privaten Schiedsgericht. Scherzbewaffnete Polizisten und Soldaten räumen gewaltsam Landstücke, die afro-indigene Garífuna-Gemeinden zur Verteidigung ihres Territoriums vor Privatinvestoren besetzt halten. Detaillierte Infos dazu, gibt es in unserem Nahua Script 17.

Die Energiewende in Europa lässt den Boom von Kupfer, Lithium und Kobalt zu einem neuen, grünen Extraktivismus in Argentinien, Bolivien und Chile werden. Die chilenische Regierung versprach ein nationales Lithiumunternehmen zu gründen und die indigenen Gemeinschaften einzubeziehen. Wo eine staatliche ökologische und soziale Regulierung nicht gelingt, müssen soziale Bewegungen nicht nur gegen die Ausweitung der Rohstoffausbeutung, sondern auch gegen einen grün-technologischen Diskurs ankämpfen.

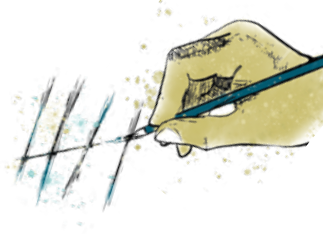
Die erste linke Regierung Kolumbiens definiert Klima- und soziale Gerechtigkeit sowie Frieden als ihre Hauptschwerpunkte. Es gibt erste Erfolge wie den breit diskutierten Nationalen Entwicklungsplan, eine Agrarreform im Sinne des Friedensvertrags, die Verbes-



serung von Wohnungen, das Hilfsprogramm für allein-erziehende Mütter, die Senkung der Stromtarife, eine progressive Steuerreform, Fortschritte bei der Umsetzung des „totalen Friedens“ und einen regionalen Plan zum Schutz des Amazonas.

Der neue Verfassungsentwurf in Chile wurde zwar vorerst im Referendum abgelehnt, soll aber nach dem Wunsch aller Beteiligten breite Diskussionsprozesse anstoßen. Er inspiriert als Meilenstein für eine demokratische, solidarische und ökologische Zukunft weltweite Verfassungsreformen -so wie auch uns.

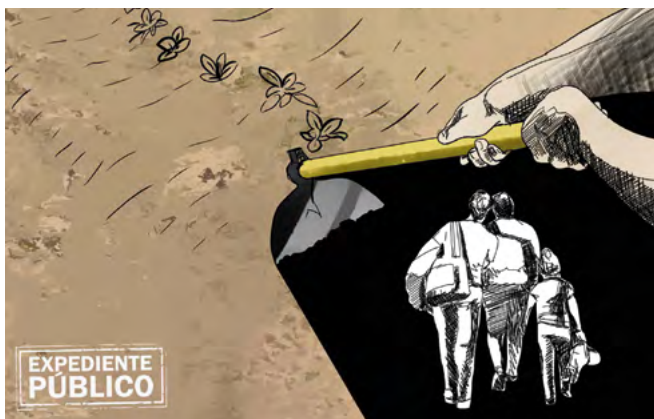
Schmerzhaft bleiben lagerübergreifender Autoritarismus und Populismus, nur überboten durch die Repression in Nicaragua. Unser diesjähriges Rundschreiben berichtet über vier Jahre Widerstand, geht auf Zersetzungsprozesse innerhalb der FSLN ein und beschreibt die Situation der Politischen Gefangenen. Wir berichten aber auch über Aktivitäten der transnationalen Solidarität, unsere Perspektiven im Solidarischen Kaffeehandel und unsere machtkritische Bildungsarbeit. In Nicaragua wie in Deutschland gilt: Wir haben nur eine sozialökologische Zukunft, wenn wir sie selbst in die Hand nehmen und uns weiter einmischen.



Vier Jahre Widerstand gegen Staatsterror und Beschneidung der Bürgerrechte

Migration

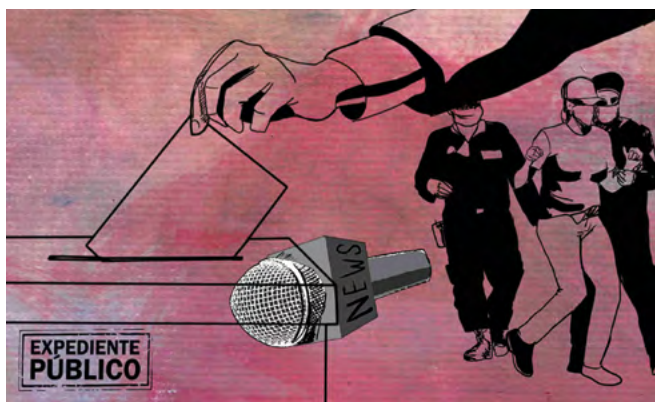
Die neueste Meldung bei Confidential, der Internet-Zeitung zu Nicaragua, lautet: Im Monat Oktober wurden fast 22.000 Nicaraguaner*innen an den Grenzen zu den USA aufgegriffen. Das ist die höchste Zahl für einen einzelnen Monat seit Jahren, insgesamt sind im Jahr 2022 bis Ende Oktober 147.270 Migranten an der Grenze zu den USA festgesetzt worden, in 2021 lag diese Zahl für das Gesamtjahr bei 87.500.



Das Land leert sich, es gibt eine Massenemigration ins Ausland und lange Schlangen vor den Migrationsbehörden in den Städten Nicaraguas, um einen Pass zu beantragen.

Ende 2021 gab es bereits 255.000 registrierte Nicaraguaner*innen in den USA, 351.000 in Costa Rica und über 40.000 in Spanien – die Flüchtlinge von 2022 kommen noch dazu – für Costa Rica vermutlich um die 7.000 monatlich. Vilma Nuñez spricht von einem beeindruckenden Exodus, den es in dieser Form noch nie gegeben habe. „Ich habe noch nie gesehen, dass so viele Menschen das Land verlassen haben...“. Nach einer kürzlich im Oktober 2022 erfolgten Umfrage von CID Gallup wollen 58% aller Nicaraguaner*innen das Land verlassen, sogar 72% der 18 – 24-jährigen. Die Gründe sind mangelnde Arbeitsplätze, Korruption in der Regierung, hohe Lebenshaltungskosten, hohe Kriminalitätsrate und mangelnde öffentliche Sicherheit, sowie die Einrichtung eines De-Facto-Polizeistaates in einem Klima politischer Gewalt.

„Die Leute gehen wegen der wirtschaftlichen Situation und der Situation, dass man nicht über ihn (Daniel Ortega) sprechen kann. Wenn du über ihn sprichst, stecken sie dich ins Gefängnis. Du gehst aus Angst, eingesperrt zu werden.“





Und es gehen sehr häufig die Qualifizierten, die sich mit ihrer Berufsausbildung ein Auskommen im Ausland versprechen. Dazu Künstler*innen, Schriftsteller*innen, Journalist*innen, Studierende und natürlich in erster Linie politisch Verfolgte. 54 Radio- und Fernsehsender mussten schließen.

Vernichtung der Zivilgesellschaft

Bis zum 6. November 2022 wurde insgesamt 2.807 Nichtregierungsorganisationen, darunter auch private Universitäten, anerkannte renommierte Menschenrechts-, Umwelt- und Frauenorganisationen und ausländische NGOs der Rechtsstatus aberkannt und sie mussten ihre Aktivitäten einstellen, Gebäude und Vermögenswerte einiger Organisationen wurden enteignet und oft mussten die verantwortlichen Mitarbeiter*innen fliehen. Dadurch haben etwa 2.000 Mitarbeiter*innen ihre Arbeit verloren und da die Organisationen oft im sozialen Sektor oder Bildungsbereich tätig waren, schätzt man, dass ungefähr 1 Mio. Menschen keine Angebote mehr durch die NGOs im Bereich soziale und rechtliche Unterstützung, Beratung und Ausbildung erhalten.

Abbau des Rechtsstaates

Seit der Wiederwahl Präsident Ortegas 2006 und verstärkt seit den Aufständen vom April 2018 wurden die Institutionen des Rechtsstaates systematisch abgebaut.

Es gab massive Wahlmanipulationen. Zunächst wurde vor der Wahl 2006 die Verfassung geändert zusammen mit der liberalen Partei. Der Sieger benötigte nur noch 35% der Stimmen, die Stichwahl zwischen zwei Kandidaten wurde abgeschafft, später auch das Verbot der Wiederwahl nach zwei Wahlperioden. 2008 gab es manipulierte Kommunalwahlen. Woher die 2/3 Mehrheit kam, mit der das Verbot der Wiederwahl nach zwei Wahlperioden vor der Wahl 2016 geändert wurde, ist nicht nachvollziehbar. 2016 haben Ortega/Murillo angeblich mit 72,5% der Stimmen gewonnen, aber die genaue Zahl der Nichtwähler wurde nicht bekannt gegeben. Vor der Wahl 2021 wurden sämtliche Präsidentschaftskandidaten anderer Parteien verhaftet oder unter Hausarrest gestellt und befinden sich bis heute in Haft. Für die Wahl 2021 und auch die Kommunalwahl am 6.11.2022 gingen jeweils *weniger als 20%* der Wahlbevölkerung zu den Urnen, trotz massiven Drucks auf die Staatsangestellten oder allen, die von Wohlwollen der Administration abhängig sind. (Lizenzen für Marktstände, Ausstellung von Pässen, etc.) Es wurde triumphierend verkündet, dass nun 100% der 153 Rathäuser in den politischen Händen der FSLN sind. Im Rahmen der Kommunalwahlen wurden 21 Personen verhaftet. Sowohl die Wahlen von 2021 als auch 2022 waren illegitim und entsprachen nicht den demokratischen Regeln.

Ab 2018 wurde eine „Batterie von Gesetzen“ erlassen, die eine willkürliche Verhaftung und Anklage zuließen. Es ging um Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche

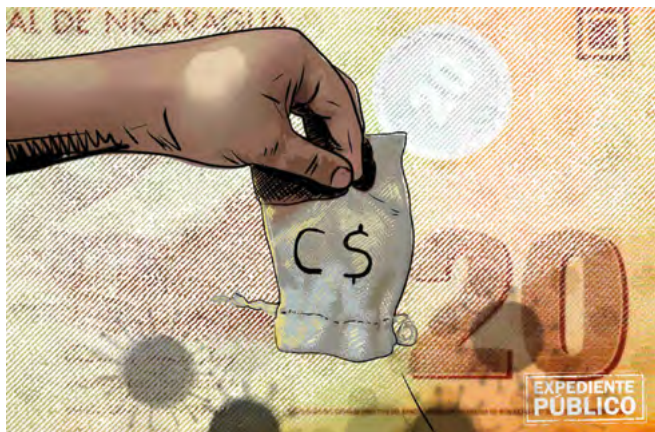
und um die Verlängerung der Untersuchungshaft von 48 Stunden auf 90 Tage. Ebenso wurde ein Amnestiegesetz erlassen, das hauptsächlich die Täter von 2018 der Strafflosigkeit zuführte.

Zwischen Oktober 2020 und Januar 2021 wurden vier neue Gesetze erlassen:

Ley 1040 über die ausländischen Agenten – ein von Russland kopiertes Gesetz. Es dient zur Überwachung jeglicher ausländischer Finanzierung, angeblich um die ökonomische und politische Stabilität „zu sichern“.

Jede Organisation muss sich registrieren. „Wer einmal registriert ist, muss über alle Projekte, die mit ausländischer Finanzierung geplant sind, akribisch Rechenschaft ablegen, sämtliche Quellen der Finanzierung offenlegen und monatlich eine minutiöse Buchführung über alle Eingänge und Ausgänge vorlegen. Damit ist die Zivilgesellschaft an die Kandare genommen, denn allein aus heimischen Quellen lassen sich die wenigsten Organisationen finanzieren.“ (Ralf Leonhardt, taz)

Ley 1055 – Gesetz zur Sicherung der Souveränität und Unabhängigkeit des Volkes. Im Artikel 1 des Gesetzes heißt es, dass Nicaraguaner, die einen Staatsstreich anführen oder finanzieren, um die verfassungsmäßige Ordnung zu verändern, zu terroristischen Handlungen,



zu ausländischer Einmischung in innere Angelegenheiten oder zur militärischen Intervention aufrufen, nicht gewählt werden können. D.h. Personen, die z.B. ausländische Sanktionen fordern oder zu sozialen Protesten aufrufen, können nicht mehr für das Präsidentenamt oder die Asamblea kandidieren. Je nach Auslegung konnte damit die gesamte Opposition mundtot gemacht werden.s

Ley 1042 über Cyberverbrechen, darunter schlechte Nachrede im Netz, aber auch Pornographie und Verletzung der Sicherheit der Netze.

Reform des Artikels 37 der Verfassung – Abschaffung der Begrenzung der Haft auf 30 Jahre.

Und: Das neue *Allgemeine Gesetz über die Regulierung und Kontrolle von Non-Profit-Organisationen* (NPO), das vom Regime von Daniel Ortega im März 2022 verabschiedet wurde. Nach Einschätzung der Rechtsanwältin Marta Molina ist das Gesetz quasi eine Handhabe, um die NGOs staatlicherseits zu übernehmen, also eine Form des „gesetzlich geschützten Diebstahls“. Sie sieht diese Gesetzesänderung als verfassungswidrig an. Viele Juristen gehen davon aus, dass hierdurch das Ministerio de Gobernación zum „Instrument der Kriminalisierung von NGOs“ geworden ist.

Im Laufe dieses Jahres sind erneut über 40 Personen nach wochenlanger Bedrohung rechtswidrig festgenommen bzw. entführt worden und sitzen nun in verschiedenen Gefängnissen als Politische Gefangene fest (s. Artikel S. 28).

Eine neue Form der „Erpressungs-Verhaftung“ ist die Festnahme von Familienangehörigen von Exilierten. Hierdurch soll offenbar Druck ausgeübt werden, damit die Exilierten ins Land zurückkehren und dann auch ihrer Freiheit beraubt werden können.

Auf schamlose Art und Weise sind in den vergangenen vier Jahren praktisch alle bürgerlichen Rechte sys-

tematisch abgebaut worden: Es gibt keine Versammlungsfreiheit, keine Pressefreiheit, erst Recht keine Meinungsfreiheit; das Demonstrationsrecht ist seit 2018 aufgehoben; die Reisefreiheit aller in staatlichen Institutionen Arbeitenden ist sehr stark eingeschränkt, usw.

Pressefreiheit nicht mehr gegeben

Es gibt keine unabhängigen Medien mehr in Nicaragua – am 14. November wurde auch dem spanischsprachigen CNN in Nicaragua die Frequenz geschlossen. Nachrichten sind aber weiterhin auf der Internetseite abrufbar. So gut wie alle Journalist*innen befinden sich im Ausland. Facebook-Äußerungen im Netz –auch weit zurückliegende – werden systematisch ausgewertet und Menschen, die sich negativ zum Regime geäußert hatten, verhaftet. Die Webseiten von ausländischen Organisationen werden auch überprüft. Ein mexikanischer Journalist hat Undercover das Land bereist und konnte Interviews führen, in dem ihm die Menschen erklären, wie schwierig es in Nicaragua geworden ist – er hat eine Video-Reihe veröffentlicht unter dem Titel: *Nicaragua – es tut weh zu atmen.*

Nicaragua – duele respirar

(s. infobüro-nicaragua.org – aktuelles 28.8.22)

Die katholische Kirche

Die katholische Kirche wird massiv von staatlichen Organen angegriffen, sie hatte sich seit 2018 sehr oft schützend vor Protestierende gestellt und zu einer staatlichen Mäßigung aufgefordert. Die Kirche ist im Moment die einzige Stimme im Land, die noch offen die Regierung kritisiert und sie dazu aufruft, dass sie wieder zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt, die Men-



schenrechte wahrt und die politischen Gefangenen freilässt. In der Zwischenzeit wurden verschiedene Priester des Landes verwiesen, zwei Schwesternorden aufgelöst, die Radiostationen der Diözese Matagalpa geschlossen und der dortige Bischof Rolando Álvarez und 7 weitere Theologen oder Laien verhaftet. Sie werden der Konspiration, Volksverhetzung und Verbreitung von Falschnachrichten beschuldigt. Selbst traditionelle Prozessionen sind verboten. Das hat großen Protest in der katholischen Kirche in Europa hervorgerufen, aber auch die EU forderte die Befreiung von Bischof Álvarez aus dem Hausarrest und die Entlassung der übrigen aus dem Gefängnis. Auch die sozialistische Internationale verurteilte am 12.8.2022 die Verfolgung der katholischen Kirche. Zum Bedauern der zahlreichen gläubigen Katholiken im Lande äußerte sich der Papst nur sehr spärlich und spät auf diese Verfolgung der Kirche, wie sie bisher in Lateinamerika einzigartig ist. Und auch die Bischofskonferenz hält sich bedeckt. Die Repression funktioniert also. Vielen Menschen in Nicaragua ist hiermit der letzte Rückzugsraum, um ihren Widerstand und ihre Ablehnung gegenüber dem Regime zum Ausdruck zu bringen, verloren gegangen: die Kirchengemeinde und die Messen.

Wirtschaft

Das Preisniveau ist hoch; die Menschen haben oft nicht genug, um bis zum Ende des Monats ausreichend Nahrungsmittel einzukaufen.

Die Exportwirtschaft allerdings boomt: zuallererst Gold - hier wurden Abbaukonzessionen in indigenem Gebiet vergeben. Die Gesamtfläche der 60 (genehmigten) Bergbauparzellen entspricht 1,3 Millionen Hektar; d.h. 36% des gesamten Bosawás-Reservats wurden an Bergbaukonzessionen übergeben. Nicaragua erlebt einen beispiellosen „Goldrausch. Gleichwohl sind die Vorteile in wenigen Händen konzentriert. Das nächstgrößte Exportprodukt ist Fleisch. Die USA ist der Hauptabnehmer von nicaraguanischem Rindfleisch - im Jahr 2021 war Nicaragua deren sechstgrößte Fleischlieferant. Die heimische Fleischindustrie übertraf Länder wie Argentinien und Costa Rica und lag nur noch unter Kanada, Mexiko, Australien, Neuseeland und Brasilien - so eine Veröffentlichung vom April. Das drittgrößte Exportprodukt ist Kaffee mit 508 Mio. Dollar und einer Exportrate von 46% in die USA. Die USA ist der größte Handelspartner Nicaraguas, fast 90% der Produkte aus der Maquilaproduktion gehen in die USA. Während



Russland, China und Venezuela, die derzeitigen politischen Partner, jeweils unter 1% Handelsaustausch mit Nicaragua haben. Zwi-

schen Januar und Juli 2022 fanden fast 5 Milliarden \$ Gesamtexporte statt, davon mehr als 60% in die USA inkl. der Freihandelszonenexporte. Man schätzt, dass zum Ende des Jahres erstmalig 7 Mrd. Dollar überschritten werden. Die Gewinne aus diesen Aktivitäten kommen überwiegend den wirtschaftlichen Eliten zu Gute. Die Weltmarktfabriken sichern 75.000 schlecht bezahlte Arbeitsplätze in Nicaragua –meistens im Textilbereich

Internationale Isolierung

Im April 2022 hat Ortega die OAS aus dem Land „geworfen“ und das Vertretungsbüro in Managua geschlossen. Die Begründung war: Einmischung in innere Angelegenheiten. EU Botschafterin Bettina Muscheidt musste das Land Ende September verlassen. Der designierte neue amerikanische Botschafter, der US-Diplomat Hugo Rodríguez wurde vom Regime in Nicaragua nicht anerkannt. Er hatte vorher Nicaragua als Paría bezeichnet. „Draußen, draußen, er bleibt draußen und sagt, was er will. Aber hier, auf nicaraguanischem Boden, wird unsere Flagge respektiert,“ polterte Ortega. Der diplomatische Kontakt zu den Niederlanden



wurde abgebrochen und Botschafterin Christine Pirenne des Landes verwiesen. Die Begründung lautet jeweils Interventionismus und Imperialismus. Zur Isolierung trägt auch bei, dass Nicaragua in den internationalen UNO-



Resolutionen auf Seite der Länder Russland, Belarus, Nordkorea, Syrien etc. stimmt und damit z.B. gegen eine

Verurteilung Russlands wegen des Angriffs auf die Ukraine. Es gibt überdies ein Abkommen, dass Russland in der 2. Hälfte von 2022 Soldaten, Schiffe und Flugzeuge in Nicaragua stationieren kann.

Die Regierung warf mit den Niederlanden und den USA dabei ganz nebenbei die beiden wichtigsten Geldgeber aus dem Land, was eine Katastrophe sei - so Kenner*innen des Landes.

Internationale Reaktionen

Seit Jahren werden auf allen Ebenen Reaktionen und Verurteilungen veröffentlicht: staatlicherseits z.B. durch Großbritannien, Spanien, USA; auf multilateraler Ebene durch EU, OAS und UNO. Bisher hatte das wenig Auswirkungen auf die repressive Haltung des diktatorischen Regimes. Neben den verbalen Verurteilungen gibt es eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen gegen einzelne Personen oder Körperschaften. Die OAS forderte im März 2021 die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Die britische Regierung verurteilte im Juni 2021 die Verhaftung und Anklage von Cristiana Chamorro, einer Präsidentschaftskandidatin. Sie kritisiert die Gesetzgebung seit 2018, die verhindert, dass politische Meinungsfreiheit herrscht und faire Wahlen abgehalten werden können. Sie fordert die nicaraguanische Regierung auf, zu Rechts-

staatlichkeit zurückzukehren und die Forderungen der OAS einzuhalten. Die Mitglieder des EU-Parlaments aus Spanien, Tschechien, Deutschland und Italien haben in einem Brief vom 4. Juni 2021 das Verhalten der nicaraguanischen Regierung scharf kritisiert. Sie zeichnen den Abbau des Rechtsstaates seit mindestens 2018 nach und fordern, dass die EU für das nicaraguanische Volk tätig werde.

Ende März 2022 verabschiedete die UNO eine Resolution zu Nicaragua, die einen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus schafft. Internationale und unabhängige Expert*innen sollen „gründliche, unabhängige, integrale und intersektionale Untersuchungen zu den seit April 2018 begangenen Menschenrechtsverletzungen sowie deren strukturellen Ursachen“ durchführen. Michelle Bachelet, Vorsitzende der Menschenrechtskommission der UNO legte am 17.6.2022 den Bericht zur Lage der Menschenrechte vor und forderte Nicaragua auf, ihren internationalen Menschenrechtspflichten nachzukommen. Die USA verurteilten anlässlich der Verhaftung des Bischofs von Matagalpa im August 2022 die dramatische Verschlechterung der Menschenrechte. Anfang Oktober 2022 hat Argentinien Ermittlungen gegen Nicaragua wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit aufgenommen.

Am 9. Juni 2022 verhängt die EU Sanktionen gegen 14 Richter und 3 Berufungsrichter in Nicaragua. Die EU hat 2019 einen Rechtsrahmen geschaffen, um 21 hochrangige Beamte des Regimes zu sanktionieren, darunter Vizepräsidentin und First Lady Murillo und ihre Kinder Juan Carlos, Camila und Laureano Ortega Murillo. Diese 21 Nicaraguaner können in kein EU-Land reisen und ihr Vermögen in Europa wird eingefroren, und darüber hinaus unterliegen europäische Bürger und Unternehmen dem Verbot, ihnen Gelder zur Ver-

fügung zu stellen. Drei Institutionen wurden ebenfalls sanktioniert: die Nationalpolizei, der Oberste Wahlrat (CSE) und das nicaraguanische Institut für Telekommunikation und Postdienste (Telcor). Diese Sanktionen wurden nun bis Oktober 2023 verlängert. „In der Erklärung betonten die 27 Staaten, dass die „Entscheidung des nicaraguanischen Regimes, die Leiterin der EU-Delegation des Landes zu verweisen und die diplomatischen Beziehungen zum Königreich der Niederlande abubrechen, ungerechtfertigt sei.

Seit langem schon haben die USA Sanktionen gegen Personen und Institutionen verhängt. Ganz aktuell im November 2022 verboten die USA die Einreise von 500 Personen, die mit der Ortega-Regierung in Verbindung stehen, weil sie „die demokratischen Institutionen“ Nicaraguas untergraben, so Außenminister Antony Blinken. Unter den Sanktionierten sind Mitglieder der nicaraguanischen Sicherheitskräfte - einschließlich der Nationalpolizei -, Gefängnisbeamte, Richter, Staatsanwälte, Hochschulangestellte und nichtstaatliche Akteure, „die die Unterdrückung und Korruption des Regimes sowie ihrer Familien zulassen“, sagte Zúñiga, Staatssekretär für Lateinamerika.

All diese Sanktionen und Strafen kratzen das Regime Nicaraguas nur wenig, auch wenn es ihnen Probleme bei der Abwicklung ihrer Staatsgeschäfte bereitet. Da scheint es schon effektiver zu sein, die Einkünfte Nicaraguas z.B. beim Export von Gold einzuschränken. Es gibt einen neuen Gesetzesrahmen in den USA, nachdem wirtschaftliche Sektoren gebannt werden können - z.B. keine wirtschaftliche Tätigkeit von US-Firmen in Nicaragua, keine Einfuhr von Produkten aus Nicaragua in die USA. Aktuell wird das im Gold- und Bergbausektor Nicaraguas angewandt, es ist amerikanischen Firmen untersagt, dort tätig zu werden und ebenso wird die nicaraguanische Bergbauabteilung im



Energieministerium sanktioniert. Damit sind die Exporte von Gold und anderen Metallen in die USA nicht mehr möglich.

Das Regime ist als Bad Boy etabliert und gibt sich schon lange keinerlei Mühe mehr sich auch nur den Anschein von Good Boy zu geben. Den Menschen im Lande bleibt lediglich die Enthaltung bei den Scheinwahlen und eine Nichtmitwirkung bei staatlichen Veranstaltungen. Vereinzelt schaffen es immer noch Menschen Wandmalereien, Zettelverteilung oder auch Straßenschlachten, wie in Bilwi an der Atlantikküste nach den Kommunalwahlen zu wagen. Immer mit einem hohen zu zahlenden Preis, der die Freiheit zu verlieren, bedeuten kann. Die verschiedenen Oppositionsgruppierungen im Exil schaffen nur mühsam gemeinsame Annäherungen und es ist ihnen nicht zu verübeln, dass keine davon ein erfolgversprechendes Konzept für eine baldige Veränderung bieten kann. Allenfalls wäre es schon ein guter Fortschritt, sich zumindest auf ein legitimes Sprecher*innengremium für die wichtigsten Situationen zu einigen und die in Nicaragua Verbliebenen zu unterstützen.

Der Druck innerhalb der FRENTE nimmt zu



Rekonzentration der Macht, zunehmende Angst, Verhaftungen und Morde innerhalb der Frente – ein Zersetzungsprozess

Die zunehmende Isolation, Verunsicherung und Paranoia des inneren Machtzirkels um Rosario Murillo und Daniel Ortega im abgeriegelten und bewachten Stadtteil El Carmen äußert sich auch in zunehmenden Desertationen aus den eigenen Reihen und verstärkter interner Repression gegen Funktionäre und Parteimitglieder, die auch nur vage andere Positionen beziehen als das Herrscherpaar.





Dies begann schon im März 2022, als durch eine Veröffentlichung der Parteispitze die Organisation des „Sandinismo Historico“ praktisch eliminiert wurde. Einige Mitglieder dieses Verbandes von Ex Guerilleros aus dem Befreiungskampf der 70er Jahre, die sich 2018 als „Paramilitärs“ ordentlich bei der Ermordung der Protestierenden hervorgetan hatten, waren in den vergangenen Monaten durch Kritik an Rosario Murillo in sozialen Netzwerken aufgefallen. Hier u.a. der als Chino Enoc bekannte Ex Guerillero Marlon Sáenz aus Condega – er wurde später wegen angeblichen Drogenhandels festgenommen und sitzt nun im Gefängnis El Chipote. Diese Präventivschläge des Regimes deuten schon auf innere Spannungen hin.

Wesentlich schmerzhafter war es allerdings für die diktatorische Regierung, dass am 23.3.22 der Botschafter Nicaraguas bei der OAS, Arturo Mcfields in einer öffentlichen Rede vor der OAS sich von der Diktatur und ihren unmenschlichen Praktiken distanzierte und vor allem in seiner Ansprache zum Ausdruck brachte, dass viele öffentliche Angestellte - wie er - darunter leiden, dass eine Änderung des brutalen und menschenverachtenden Kurses der Ortega-Murillo Regierung auch von innen her nicht möglich ist und dass das dauernde Misstrauen gegenüber allen im Staatsapparat viele auf

die Dauer zermürbt. Und die Staatsangestellten sehen sich in der Zwickmühle, einerseits dem Regime Folge leisten zu müssen, aber andererseits auch Anklagen nach dem Ende der Diktatur zu erwarten haben.

Auch in Reportagen der Internet-Zeitung Confidencial kamen anonym immer wieder öffentliche Angestellte zu Wort, die ihre verzweifelte Situation darstellten, da sie zum einen der Bevölkerung noch einigermaßen korrekte Dienstleistungen liefern wollen, aber andererseits dauernd den z.T. aberwitzigen und paranoiden Kontrollen ihres Arbeitgebers und der Partei ausgesetzt sind. Tatsächlich lässt sich eine schleichende Abwanderung von Angestellten aus den staatlichen Behörden wie Polizei, Schulen und bei anderen Institutionen beobachten.

Oft kommen sie einfach nach den Ferien nicht mehr zurück. Sie fliehen über die grüne Grenze. Sie geben dabei alle ihre Ansprüche auf Renten, Ferien oder andere Zahlungen auf und gefährden potentiell ihre noch bleibenden Verwandten!

Vor diesem Hintergrund erklären sich andere Ereignisse, die wohl dazu dienen sollen innerhalb der Frente für Angst und Abschreckung zu sorgen, denn man ist sich der bedingungslosen Loyalität seiner Mitgliedschaft nicht mehr ganz sicher. Warum sollte man auch sonst höheren Staatsangestellten den Pass entziehen.



Fast alle, die in Behörden arbeiten, müssen bei Auslandsreisen vorher einen Antrag stellen.



Am 22.8.2022 wurde auf dem Weg von Diriomo nach La Boquita der Leichnam des Bürgermeisters von Diriomo gefunden. Es sollte aussehen wie ein Selbstmord. Aber schnell wurde durch Fotos, die von Mitgliedern der Juventud Sandinista in die sozialen Netzwerke gestreut worden waren, deutlich, dass es sich wohl eher um eine Exekution handelte. Der Bürgermeister Fernando Baltodano war ein treuer Unterstützer des Regimes, auch bei der Accion Limpieza (Säuberungsaktion) im Herbst 2018. Ab er stammt politisch eher aus liberalen Kreisen und seine Ehefrau und Kinder waren schon länger nicht mehr einverstanden mit dem Kurs der Ortega-Murillo Regierung. Sie waren schon in die USA ausgewandert. Fernando Baltodano hatte bei Murillo mehrfach um Ausreise gebeten, es wurde ihm aber immer wieder verweigert. Auch wurden vor seinem Tod in der Alcaldia die Bücher noch einmal eingehend geprüft, um ihm Korruption zu unterstellen. Wenn auch letztlich die Ursachen seines Todes nicht wirklich recherchiert wurden, kann doch davon ausgegangen werden, dass hier ein Exempel statuiert werden sollte.

Auch die Arbeit im Vorfeld der Kommunalwahlen war innerhalb der Frente nirgends spannungsfrei. Dies war in den Monaten August/September überall spürbar. Am 19.9. besetzten dann Angestellte der Bürgermeisterei

im nördlichen Jalapa das Verwaltungsgebäude, um ihre Unterstützung für den lokal geachteten Bürgermeister Largaespada zum Ausdruck zu bringen. Der sollte nicht mehr kandidieren, wie von der Parteispitze von oben herab beschlossen worden war. Stattdessen sollte der korrupte Sekretär des Stadtrates Eddy Moreno zum Bürgermeister gemacht werden.

Der in Jalapa beliebte Alcalde Largaespada und einige Angestellte sitzen nun im Gefängnis in Managua.

Es sollte also allen Parteimitgliedern klar sein, dass absolute Unterwerfung unter die Beschlüsse von oben erforderlich ist. Der Druck in den eigenen Reihen nimmt weiter zu. Die Unmöglichkeit aufzubegehren ist allen überdeutlich.

Noch mehr Spekulationen und Unklarheiten werfen die Entlassungen der lokalen Richterin Illeana Perez in Rivas und des Sprechers des Corte Suprema Roberto Larios auf. Larios sitzt im Gefängnis El Chipote und die bisher immer folgsame Richterin Perez wurde zunächst auch verhaftet. Später wurde sie wohl auf Druck von einflussreichen Verwandten wieder freigelassen, aber von ihrem Amt am Gericht abgesetzt. Es ist nicht klar, was diese Gefolgsleute des Regimes falsch gemacht haben. Man hat den Eindruck hier liegt schon ein gewisser Grad an Paranoia vor, der dazu beitragen könnte, dass der Unterdrückungsapparat selber, u.a. in den Gerichten, langfristig geschwächt wird.

Man kann mit alledem die Hoffnung verbinden, dass diese Diktatur sich von innen her vergiftet und zerstört. Sicherlich ist die Zunahme der inneren Spannungen und auch internen Repression ein Faktor, der die Schwäche dieser Diktatur zeigt. Aber zu Fall bringen kann dieses Regime letztlich nur eine ökonomische Zermürbung, komplette internationale Isolation und der Druck der Bevölkerung.





Vergessen wir die politischen Gefangenen nicht!

Vergessen wir die politischen Gefangenen nicht! Nachrichten aus der Ukraine oder dem Iran verdrängen Tatorte wie den Jemen, Tigray Kurdistan oder jene, die im Mittelmeer ertrinken. Auch die politischen Gefangenen in Nicaragua drohen in Vergessenheit zu geraten, und es gibt weltweit politische Gefangene, von Russland über China, Türkei, Ägypten, USA oder Großbritannien (Julian Assange).

Aber schauen wir nach Nicaragua, wo es zur Zeit ca. 225 bekannte politische Gefangene gibt. Eine Mehrheit sitzt bereits zum zweiten Mal, nachdem sie bereits nach den Protesten von 2018 inhaftiert wurden und dann nach einer Generalamnestie wieder freikamen. Die übrigen wurden im Rahmen der „Präsidentchaftswahlen 2021 verhaftet, Präsidentschaftskandidat*innen, Vertreter*innen der verbotenen, unabhängigen Presse und Medien, fast die gesamte Führungsriege der Oppositionspartei UNAMOS (Demokratische Union der Erneuerung - vorher MRS), u.a. historische Führungspersonen der Revolution von

1979 wie die Ex Guerillera Dora María Tellez, Vertreter von Wirtschaftsverbänden und ca. 10 Priester und Laien aus den Reihen des Teils der katholischen Kirche, der sich regimekritisch verhält.

Die Mehrzahl der Gefangenen ist inzwischen offiziell verurteilt, auf Grundlage von Gesetzen - von der FSLN Mehrheit verabschiedet - mit Straftatbeständen wie „Säen von Hass und Verbreiten von Unwahrheiten im Internet“, „Verächtlichmachung und Herabwürdigung des Staates“ und „Geldwäsche“. Das übliche Strafmaß liegt zwischen 8 und 15 Jahren, teilweise in Verbindung mit hohen Geldstrafen und der Beschlagnahmung von Sachwerten wie z.B. des Redaktionsgebäudes der verbotenen Zeitung La Prensa oder die Räumlichkeiten verschiedener unabhängiger oder kirchlicher TV und Radiosender.

Die Prozesse fanden alle unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Die überwiegende Mehrheit der Angeklagten hatte keine Verteidigung ihrer Wahl.

Es waren nur Zeugen der Anklage zugelassen. Sie kamen aus den Reihen der Polizei.

Während der Großteil der verurteilten Gefangenen





im Zentralgefängnis „La Modelo“ einsitzen, befinden sich über 30 Gefangene im neu erbauten

Haftzentrum „El Nuevo Chipote“, einer Sonderhaftanstalt, die nicht Teil des allgemeinen nicaraguanischen Strafvollzugssystems ist. Dort wird Tag und Nacht verhört. Sämtliche „politischen“ Prozesse finden direkt vor Ort statt. Die „wichtigen“ Häftlinge werden nach ihrer Verurteilung nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, in den Normalvollzug verlegt.

In zwei mal zwei Meter Strafzellen sind sie einer strengen Isolationshaft unterworfen.

- Besuche finden dort nur nach willkürlicher Festlegung statt – meist im Abstand von 4 bis 6 Wochen (Stand Mitte Nov. lag der letzte Besuchstermin 85 (!!!) Tage zurück).
- Die Besuchsdauer ist auf eine Stunde begrenzt, nur ein*e Besucher*in ist zugelassen, entwürdigende Leibesvisitationen für Besuchte und Besucher*innen gehören zum Reglement.
- Einsitzende Eltern haben ihre minderjährigen Kinder teils 500 Tage nicht sehen dürfen.
- Briefe zu schreiben oder zu empfangen ist verboten.
- jegliche Lektüre, selbst die Bibel ist verboten.
- kein Schreibzeug
- Hofgang bzw. Einwirkung von natürlichem Sonnenlicht einmal pro Woche, für eine Stunde, was meist auf 15 – 30 Minuten reduziert wird.
- ein Teil der Zellen hat gar keine Beleuchtung, nur indirekten Einfall von Tageslicht durch eine abgedeck-

te Deckenluke

- es gibt Dunkelzellen
- die Wasserzufuhr zu den Zellen lässt sich nur von außen regeln, eine Wasserquelle pro Zelle für Waschen und Plumpsklo, das Wasser ist nicht trinkbar
- die allgemeinen hygienischen Bedingungen sind katastrophal
- Insekten und Stechmückenplagen
- mangelhafte, ungesunde Ernährung, Verbot von außen Lebensmittel den Gefangenen zukommen zu lassen
- temporärer Einsatz von Hungerkost (Häftlinge haben bis zu 30kg Körpergewicht verloren)
- medizinische Versorgung ist völlig unzureichend.

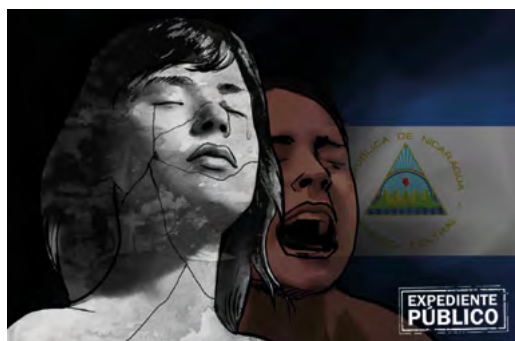
Der Ex-General Hugo Torres und ehemaliger Weggefährte von Daniel Ortega, wurde im Februar 2022 durch vorenthaltene medizinischer Betreuung in der Haft ermordet. Ironie der Geschichte: Hugo Torres leitete 1974 ein Kommando, das mit seiner Aktion die Freilassung u.a. von Ortega aus dem Gefängnis erzwang.

Bisher hat keine Menschenrechtsorganisation, auch nicht das Internationale Rote Kreuz das Gefängnis aufsuchen dürfen. Internationale Menschenrechtsorganisationen bezeichnen diese Haftbedingungen als „weiße Folter“. Ziel ist die systematische physische und psychische Schwächung und Zerstörung der Häftlinge.

In Nicaragua hat die Folter die Funktion, Rache an einer zivilgesellschaftlichen Bewegung zu nehmen, die mit friedlichen Mitteln eine Änderung der Verhältnisse suchte. Rache an Bürgern und Bürgerinnen, die massenhaft und selbstorganisiert auf die Straße gegangen sind. Dies war ein Affront gegen das Regime, das es gewohnt war, jede Form der Bürgermobilisierung zu lenken und zu manipulieren.

Bei den über 30 Gefangenen im Chipote handelt es sich daher vor allem um jene, meist ehemaligen

Weggefährt*innen, die sich nicht als korrupte, machtbessene Unterstützer*innen von Ortega-Murillo hergegeben haben, wie z.B. die vier weiblichen Mitglieder



der
Direkti-
on von
UNAMOS:
Tamara
Dávila,
Suyen
Baraho-
na, Ana
Marga-

rita Vijil und Dora María Téllez. Seit ihrer Verhaftung haben die vier Frauen 533 Tage (Stand Mitte Nov.22) in strenger Einzelhaft verbracht. Um gegen diese langsame Zerstörung ihres Lebens zu protestieren sind seit Ende September Dora María Tellez und 24 weitere Häftlinge im „La Modelo“ in den Hungerstreik getreten. Die zerstörerischen Auswirkungen auf die physische und psychische Integrität der Häftlinge werden immer heftiger. Doch das scheint die Diktatorenfamilie Ortega-Murillo nicht zu stören, im Gegenteil scheinen sie mit ihrer unnachgiebigen Haltung gegenüber den Gefangenen entschlossen zu sein, sogar deren Tod in Kauf zu nehmen, so wie den von Hugo Torres.

Die Ex Guerillera Monica Baltodano analysiert die jüngste Geschichte und kommt zum Schluss, dass dieser Umgang mit politischen Gefangenen schlimmer ist als zu Zeiten der Somoza Diktatur. Sie führt Beispiele von Hungerstreiks zwischen 1969 und 79 an, in denen Verwandte der Gefangenen u.a. die Mutter von Daniel Ortega zur Freilassung ihrer Angehörigen in den Hungerstreik traten und Somoza ihre Forderungen erfüllte. Und heute? „Solidaritäts-Hungerstreiks sind undenk-

bar. Erinnern Sie sich an den Versuch von elf Müttern politischer Gefangener, die im November 2019 in der Kirche San Miguel in Masaya in einen Hungerstreik getreten sind? 13 junge Leute, die ihnen Wasser bringen wollten wurden verhaftet“.

Sie berichtet von erfolgreichen Hungerstreiks politischer Gefangener in 1972 und 73, wo die Somoza Diktatur ebenfalls nachgab und deren Forderungen erfüllte, wo Journalisten die Gefängnisse betreten und berichten konnten, von 1977, als Somoza Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) erlaubte, sandinistische Gefangene zu besuchen. Darüber hinaus wurde Tomás Borge nach monatelangem Streik im Militärkrankenhaus behandelt und erhielt dann Zugang zu seiner Familie und den Medien, die Fotos von ihm veröffentlichten. „Was macht der derzeitige Diktator heute?“, fragt sich Monica Baltodano: Ausweisung von Menschenrechtsorganisationen und des IKRK-Koordinators, Schließung aller Menschenrechtsorganisationen und den Medien wird kein direkter Zugang zu den Gefangenen erlaubt.

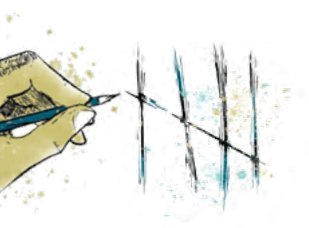
Am 22. November wurde Oscar René Vargas (76 J., Soziologe, Historiker, in den 80er Jahren Berater der Leitung der FSLN) verhaftet und wird bisher ohne Anklage im El Chipote unter Verweigerung notwendiger Medikamente festgehalten.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

**Zur Unterstützung der politischen Gefangenen
bzw. deren Familien bitten wir um Spenden!**

**Konto: Informationsbüro Nicaragua
DE56 3305 0000 0000 9767 38**

Stichwort: politische Gefangene



Rückblick auf die machtkritische Bildungsarbeit des Infobüros 2022

Wieder geht ein Jahr zu Ende. 2022 war unsere Bildungsarbeit viele Monate durch Unsicherheit und Warten auf eine Förderzusage geprägt und wir mussten immer wieder Pläne ändern. Dieses Jahr konnten wir aber auch endlich wieder mehr Veranstaltungen in Präsenz durchführen, ein Teil unserer Werkhefte überarbeiten und uns in einem neuen, größeren Team finden.

Wir starteten das Jahr 2022 ohne Finanzierung und somit quasi ohne hauptamtliche Mitarbeiter*innen. Amalia, Ecki und Ria versuchten die wichtigsten Aufgaben ehrenamtlich oder über Honorare zu übernehmen, damit die Bildungsarbeit weiterlaufen konnte. Ende Juni kam die Förderzusage für das beantragte Bildungsprojekt. Sie war Grund zur Freude, aber auch für Empörung. Die Überarbeitung der Werkhefte Wirtschaft, Klima und Menschenrechte wurde bewilligt und auch für Veranstaltungen, Workshops und Multiplikator*innen Seminare bekamen wir Gelder zugesagt. Endlich konnten wieder hauptamtliche Stellen geschaffen werden.

Die Überarbeitung der Werkhefte Kolonialismus und Rassismus, sowie Migration wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, dass diese die „Vermittlung entwicklungspolitischer Inhalte und der globalen Bezüge“ nicht in den Vordergrund stellen. Wie ist es möglich, Kolonialismus, Rassismus und Migration zu thematisieren, ohne globale Bezüge herzustellen? Und wie soll eine machtkritische entwicklungspolitische Bildung ohne die Thematisierung von Kolonialismus und Rassismus auskommen?

Wir waren nicht die einzigen, die vor der Herausforderung standen, dass Bildungsveranstaltungen zu diesen Themen plötzlich nicht mehr über Engagement Global förderfähig waren. Einige engagierte zivilgesellschaftliche Organisationen wurden aktiv und konnten Veränderungen bei den Entscheider*innen bewirken. Nun hoffen wir darauf, dass die Überarbeitung der Werkhefte Kolonialismus und Rassismus, sowie Migration im Rahmen unseres nächsten Projektantrags möglich sein wird.

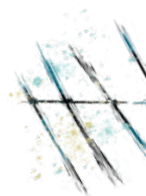
Mit der Finanzierung konnte Ecki endlich eine hauptamtliche Stellen im Infobüro anfangen, nachdem wir Ecki bereits im Oktober 2021 für die Stelle ausgewählt

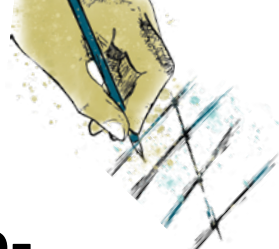




und zugesagt hatten. Mit viel Engagement und viel zu vielen Aufgaben startete Ecki in die Arbeit. Ab Oktober kam dann eine zweite hauptamtliche Stelle dazu. Nach einer kurzfristigen Absage, konnten wir schnell Analucia für die Stelle gewinnen, die unser Team von Oktober bis Dezember bereichert und insbesondere die Koordination der Nicaragua Arbeit übernimmt. Amalia und Ria unterstützen die Arbeit des Infobüros derzeit auf geringfügiger, bzw. freiberuflicher Basis, da sich ihre (berufliche) Lebenssituation in der Zwischenzeit verändert haben. Die Zusammenarbeit in einem größeren Team, die unterschiedlichen Schwerpunkte, Perspektiven und Ideen bereichern uns sehr. Für die Erstellung der Werkhefte hat sich außerdem ein großes, engagiertes, vielfältiges und wunderbares Team aus Honorarkräften zusammengefunden. Wir freuen uns sehr, dass die drei überarbeiteten Werkhefte nächstes Jahr gedruckt werden können und wir euch dann viele neue, spannende Themen, Methoden und Materialien für die Bildungsarbeit zur Verfügung stellen können. Relativ unkompliziert lief auch dieses Jahr unser Förderantrag bei Demokratie Leben. Im Projekt „Demokratische Partizipation und ökosoziale Transformation“ konnten wir acht Workshops, sechs Abendveranstal-

tungen und drei Tagesveranstaltungen in Wuppertal und Umgebung durchführen. Themen der Veranstaltungen waren unter anderem Klimagerechtigkeit, Gas/LNG, Bürger*innenbeteiligung, Recht auf Stadt, sowie das Theater der Unterdrückten. Im Rahmen des Projekts konnten wir außerdem die Kooperation mit der GEW fortsetzen und wieder Workshops zu Rassismuskritik für Lehrer*innen anbieten. Auch bei den Workshops in Schulen wurden wir besonders oft zum Thema Rassismuskritik angefragt und haben mit Schüler*innen, Lehrer*innen, sowie gemischten Gruppen zu dem Thema gearbeitet und Gedankenanstöße zu Rassismus, Privilegien und dem Umgang damit gegeben. Auch zum Thema Klimagerechtigkeit fanden wieder mehrere Workshops statt und wir konnten zwei Workshops zum Thema Flucht und Asyl durchführen. Außerdem konnten Ecki und Ria ihr geteiltes Interesse an Theater(pädagogik) mehr in die Bildungsarbeit einfließen lassen und einen Schulworkshop, sowie einen offenen Tagesworkshop zu Themen der politischen Bildungsarbeit anbieten. Nach der langen Phase, in der wir hauptsächlich online Angebote gemacht haben, konnten wir dieses Jahr wieder viele Präsenzworkshops in Schulen und anderen Einrichtungen machen. So konnten wir besser auf die Gruppen und die einzelnen Teilnehmer*innen eingehen und interaktiver arbeiten. Wir freuen uns sehr darauf, die Bildungsarbeit im nächsten Jahr fortzusetzen.





el rojito- mit einer GmbH für mehr Gerechtigkeit?



Die Kaffeehandelsorganisation el rojito hat sich in diesem Jahr als GmbH neu konstituiert und ihre Mitarbeiter*innen, ebenso wie das Informationsbüro Nicaragua als Gesellschafter mit ins Boot geholt.

Basis ist ein Gesellschaftervertrag mit gemeinsam festgelegten Leitlinien.

Durch die erweiterte Struktur können Öffentlichkeitsarbeit und wirtschaftliches Handeln für gerechtere Süd-Nord-Beziehungen zusammengebracht werden. Mitarbeitende, Verein und Strukturen der Solidaritätsbewegung schließen sich zusammen, um Handels- und Handlungsoptionen jenseits kapitalistischer Strukturen aufzubauen und sich für ein gerechteres Wirtschaftssystem einzusetzen.

Der Mitarbeitendenverein ist gegründet worden, um allen Mitarbeiter*innen zu ermöglichen, sich an der el rojito GmbH zu beteiligen. Die Mitarbeitenden werden neben ihrer Stimmberechtigung bei der Gesellschafterversammlung, ein Mitglied des Aufsichtsrats stellen und damit die politische, inhaltliche und betriebswirtschaftliche Ausrichtung der GmbH gemeinsam mit den

beiden anderen Eignervereinen beaufsichtigen und gestalten. Alle Mitarbeitenden von el rojito können -müssen aber nicht- Mitglied des Vereins werden. Die neue Struktur ist offen für weitere Initiativen entlang der Lieferkette, wie z.B. Weltläden oder Produzent*innen, die langfristig Anteile an der Gesellschaft übernehmen können. Damit soll el rojito allen Beteiligten gehören, die sich aktiv und konstruktiv an gerechten Welthandelsstrukturen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen beteiligen wollen.

Für uns geht es im Fairen Handel der Zukunft nicht nur um höhere, fairere Preise für die Produzent*innen im globalen Süden, sondern auch um Veränderungen im Wirtschaftssystem.

Die wirtschaftliche Reichweite des „Fairen Handel“ für die notwendige sozialökologische Transformation unseres Gesellschaftssystems bleibt begrenzt. Die Preisunterschiede zum konventionellen Handel sind gering und Abhängigkeiten in der Lieferkette bestehen weiter.

Nur Menschen mit mindestens „guten“ Einkünften können sich die „fair“ gehandelten Produkte überhaupt leisten. Aber auch der „Mehrpreis“, den diese Menschen zahlen, wird in der Regel innerhalb der kapitalistischen Marktlogik erwirtschaftet und befördert damit dessen Wachstum, mit allen bekannten negativen Auswirkungen für Mensch und Welt.

Wir sehen ein wichtiges Element zur gesellschaftlichen Transformation durch fairen Handel im Austausch



zwischen Konsument*innen hier und Produzent*innen im Globalen Süden, um Lebenslagen, Interessen aber auch Organisationsformen gegenseitig kennenzulernen und weiter zu entwickeln. Ebenso kann und soll politische Bildungs- und Informationsarbeit über die Produkte, Rundschreiben, Homepage und Gespräche mit Kund*innen geleistet werden. Das Infobüro kann hier sicher einiges einbringen.

Wenn wir uns mit „Fairem Handel“ wirklich für mehr Gerechtigkeit einsetzen wollen, müssen wir über seine strukturelle Begrenztheit hinaus gehen und uns gemeinsam an Kämpfen für ein gerechteres Weltwirtschaftssystem beteiligen. Wie z.B. bei Kampagnen für ein gutes Lieferkettengesetz oder für weltweite Klima- und Handelsgerechtigkeit.

Die neuen Eigentumsverhältnisse bei el rojito sind aber auch als Beispiel und Übung für alternative Wirtschaftsmodelle wichtig:

So wie erst durch eine Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Großunternehmen der öffentlichen Versorgung in Bereichen wie Wohnen oder Energie, Wachstumszwang und ausschließliche Profitorientierung beendet werden können, so versucht el rojito eine

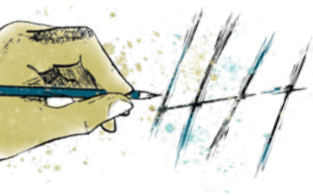




Struktur zu schaffen, die sich dauerhaft Privatisierungs- und Renditedruck entzieht. Das Projekt soll zeigen, dass Gemeineigentum von Wirtschaftsbetrieben besser als Privateigentum sein kann. Denn die Motivation aller Beteiligten liegt nicht in der Anhäufung von privatem Vermögen, sondern in der Steigerung des Gemeinwohls – sowohl in den Anbauländern als auch hier, wo der Kaffee getrunken wird.



Wir sind noch da, wir waren nie weg, wir geben nicht auf!



Nicaragua-Konferenz 2022

Wuppertal, der 3. Dezember 2022. Es ist kalt und grau. Alles andere als ein passendes Wetter für eine Nicaragua-Konferenz. Nichtsdestotrotz hat es die circa 60 Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland, sei es Berlin, Hamburg, Nürnberg oder mit dem Rad aus Wuppertal, nicht daran gehindert für die Nicaragua-Konferenz anzureisen. Vereine und Städtepartnerschaften, engagierte Nicaraguaner*innen und Deutsche, Urgesteine der Nicaragua-Solidarität und neue Gesichter, allesamt sind sie aus Liebe zum Land, aus Überzeugung der Projekte, aus tiefer Solidarität mit den Nicaraguaner*innen, aber aus Verzweiflung aufgrund der aktuellen Lage angereist. Nachdem so viele Jahre





keine solche Konferenz stattgefunden hat und nach all den schrecklichen und herausfordernden Tatsachen, vor die uns die Diktatur Ortega/Murillo die letzten Jahre gestellt hat, lag vieles auf dem Tisch. Wie hätte es anders sein sollen als, dass dann ein rappelvolles Programm entsteht. So gab es Beiträge zur aktuellen politischen Lage Nicaraguas von Ernesto Medina und Jimmy Gómez, eine Einordnung der Politik der Bundesregierung von Barbara Lucas, eine Vorstellung der Asociación Madres De Abril (AMA) und ihrer Ausstellung, Austausch zwischen den Teilnehmer*innen und vieles mehr. Und auch wenn das intensive, teilweise aufwühlende Programm in seiner Länge zu Ermüdungserscheinungen geführt hat, hätten wir nichts davon missen wollen. Genauso wenig hätten jedoch der unermüdliche Vorrat heißen el rojito-Kaffees fehlen dürfen, der neben dem großen Interesse der Teilnehmer*innen für das nötige Durchhalten gesorgt hat. Und eines lässt sich vorwegnehmen: Das Durchhalten hat sich gelohnt. So hat der inhaltliche Input die Akteur*innen in Deutschland auf einen Stand gebracht, aber auch die Vielfalt der Herangehensweisen und Ansätze im Umgang mit der Situation aufgezeigt. Dabei kamen Fragen auf, wie sehr man

sich hier in Deutschland öffentlich kritisch äußern kann bzw. sollte. Schadet es den Partner*innen oder schadet es der Glaubwürdigkeit jeglicher Nicaragua-Arbeit, wenn diese nicht deutlich Position bezieht? Oder wie geht man in Verhandlungen bzw. der Zukunft mit Ortega*innen um? Soll man für die Wiederherstellung von Gerechtigkeit auf jegliche Straffreiheit verzichten oder kommt man nicht drum herum früher oder später für ein gemeinsames Nicaragua auf diese zuzugehen? Auch wenn es inhaltlich nicht in allem Einigungen gab, gab es jedoch Einigkeit von Nicaragua-Solidaritätsarbeit an sich. Die Konferenz hat gezeigt: wir sind noch da, wir arbeiten alle irgendwie, trotz Hindernisse weiter und das werden wir auch nicht aufgeben. Trotz vieler Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit Partner*innen wurden auf der Konferenz die Möglichkeiten aufgezeigt und sich gegenseitig bestärkt. Diese Bestärkung war dringend notwendig und hat die Teilnehmer*innen motiviert, sich erneut zu vernetzen und gemeinsame Kampagnen zu veranstalten. Außerdem wurde beschlossen sich



regelmäßiger digital und präsentisch in diesem oder ähnlichem Kreis zu treffen. Die Konferenz war nichts weniger als der Beginn der neu aufgenommenen Nicaragua-Arbeit. Auf eine erste gemeinsame Kampagne wurde sich bereits geeinigt. Diese soll zu den politischen Gefangenen Nicaraguas sein. Die Un-erträglichkeit und Dringlichkeit der Situation der



politischen Gefangenen ist nicht von der Hand zu weisen, hier sind sich alle oppositionellen Gruppen einig und die Teilnehmer*innen der Konferenz ebenfalls. Eine nachgebaute Gefängniszelle, die im Verhältnis 2:1 im Vorraum der Konferenz von einem Infobüromitglied nachgebaut wurde, hat es zusätzlich allen Teilnehmer*innen

eindrücklich verdeutlicht. Diese Zelle wird Teil der Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen sein. Außerdem ist für den fünften Jahrestag der Aufstände eine Mahnwache geplant. Dank der aufgelebten Vernetzung werden beim nächsten geplanten Treffen weitere konkrete Schritte der Kampagne ausgearbeitet.

Die Konferenz hat gezeigt, wir geben nicht auf, wir lassen uns nicht entmutigen und wir machen weiter mit der Solidaritätsarbeit mit Nicaragua!

¡Que se rinda tu madre!



Spenden nach Nicaragua 2022

Frauenrechte	4000 €
Demokratie/Partizipation	6500 €
Menschenrechte	4500 €
Landkämpfe & Menschenrechte an der Atlantikküste	3000 €
Unterstützung (Familien) politischer Gefangener	2500 €
Gesamt	20500 €



Spenden für Nicaragua allgemein haben wir wieder an Netzwerke der Frauenbewegung, Netzwerke der Protestbewegung und Gruppen, die Menschenrechtsarbeit machen, weitergeleitet. Zum Schutz unserer Partnerorganisationen, die jetzt z.T. im Exil sind, machen wir keine genaueren Angaben. Näheres gerne auf Nachfrage.

Über die Unterstützung unserer Arbeit freuen wir uns:

Spendenkonten des Informationsbüro Nicaragua

für Öffentlichkeitsarbeit

IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

für die Arbeit in & zu Nicaragua

IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

für den Rechtshilfefonds

IBAN: DE83 3305 0000 0000 9171 79

bei der Stadtsparkasse Wuppertal

BLZ: 330 500 00

SWIFT-BIC: WUPSDE33



el rojito

Kaffee solidarisch

- Über 30 Jahre solidarische Zusammenarbeit mit Kaffeekooperativen in Nicaragua und anderen Ländern Mittel- und Südamerikas
- Langfristige Abnahme- und Mindestpreisgarantien
- Direkter, persönlicher Kontakt mit den Handelspartner*innen
- Gemeinsame Weiterentwicklung der Handelsbedingungen und des Preismodells
- Unterstützung der Kooperativen in Krisenzeiten



www.el-rojito.de